

Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 10. Dezember, 1 Uhr.

Am Bundeskanzleramt: Fürst Hohenlohe, Graf Bismarck, Graf Stoltenberg, Graf v. Helldorf, Fürst v. Merckell u. a.

Nach demotokratischer Annahme des schlesischen Antrages über wegen Einstellung der gegen die Abg. von (Sachsen) und

V. H. die schlesischen Reichstagsmitglieder für die Dauer der Session

und die erste Berathung des Etats für 1896.

Abg. Richter (H. Pr.). Der Herr Staatssekretär begann

gestern mit einer Einführung, warum die Rechnungs-

ergebnisse so viel ungünstiger ausgefallen sind als seine Vor-

anschläge. Er habe zu dieser Einführung alle Veranlassung,

denn an seiner Stelle hat noch nie jemand gehalten, der in dem

Berichtungen so unglücklich gewesen ist wie er. In den letzten

Staatsjahren, für welche der Herr Staatssekretär bisher den Etat

ausgearbeitet hat, hat er sich um zusammen 92 Millionen M. ver-

rechnet, um die wir die Steuererträge ganz ungenügend besolgt

hätten, wenn wir keine Rechnungen gefügt hätten. Nun

läßt der Herr Staatssekretär, wir hätten ja kein überflüssiges

Geld, das wir durch die vorgeschlagenen neuen Steuern

bekommen hätten, zur Verhinderung des Rückgangs und

zur Spünderhaltung benutzen können. Aber glauben Sie,

das es für die beunruhigten Geschäftskreise ein Trost

wären würde, wenn Sie erlauben hätten, daß für das Ihnen

abgenommen Geld Bismarck zurückgekehrt wären wären. Wären

wie mit also von einem Autokrat, der uns in der freien Ver-

fassung unseres Staatsrechts vertritt. Wollen die Einzel-

staaten durchaus einen Automaten, so können sie sich ja jetzt aus

den ihnen zuzulehrenden Ueberdauern einen Privatautomaten an-

legen. (Seitert.) Der Staatssekretär ist freilich jetzt schon

auf dem Wege, einen neuen Automaten auf die andere Seite

anzubringen. Das kann ich verstehen, ihm zu folgen.

Was uns jetzt, ist ein Gesetz über die Einnahmen und

Ausgaben. Jetzt ist unser ganz Rechnungshof eine provi-

sorische Einrichtung. Das ist doch ein ganz anomaler Zustand.

Was unsern Etat im einzelnen angeht, so sind die Einnahmen

wieder viel zu niedrig veranschlagt. Die Methode der Veran-

schätzung ist eine alte. Der Abg. verfaßt die Umsätze der Ver-

rechnung nach dem, was man jetzt, aber man darf doch

nicht außer acht lassen, daß in zahlreichen Ausgabepositionen die

steine zünftiger Ausgaben enthalten sind. Es sind allein

1. erste Raten (Hört! Hört!), dadurch jetzt sind viele Ueberläufer

über die künftige Gestaltung der Ausgaben. Namentlich die

Militärverwaltung erhält im Etatgebühren mehr Bewilligung

als sie überhaupt bekommen kann. Im Ordinarium sind

7 Millionen mehr verlangt, davon die Hälfte „zur organischen

Fortbildung des Heeres.“ Das ist eine sehr schöne Ueber-

schreibung; die Sache wird aber mit der Zeit sehr kostspielig.

Während der Reichstag der Militärverwaltung gegenüber sehr

erschrocken ist, dies umgekehrt gar nicht der Fall. Was

da die Minister der Militärverwaltung sehr ernstlich, so

hätten wir deren Zügel nicht so sehr gelockert, schon in

diesem Jahre setzen können; denn schon 1870 kam die

Forderung auf die Tagesordnung. Da möchte ich doch den

Herrn Reichstagsmitglieder mitteilen, ob wir endlich auf die

Erklärung des von ihm in der vorigen Session gegebenen Ver-

sprechens nach zu sehen haben, was er mit dem Programm

meinte er uns doch angehen. Auch über die letzten Budgetstellen

wären uns Angaben sehr erwünscht. Ich überlasse die Kritik

der sogenannten militärischen Schriftsteller freispiels; es sind

personliche Offiziere, die mit der Arme nur durch den Schreib-

stil in Verbindung stehen. Aber dieses Mitleid an der For-

mation geschickten, die die Ausgaben des Heeres zu

steigern. Wollte ich erklärt der Reichstagsmitglieder direkt, daß wir

feiner Erhöhung der Ausgaben entgegengehen; denn wäre das

nicht der Fall, dann wäre es ja überhaupt eine Grundlage für

die Entlastung entgegen. Der Pensionfonds ist in fort-

währendem Steigen begriffen. Da wäre doch auch ein

zu unterscheiden, ob die Pensionen durch den Anstieg

des der übergehenden Offiziere seinen Absichten nehmen

müssen, zu sehr hohen finanziellen Konsequenzen führt.

Bei der Marine hängt das Pensionieren noch länger

an; wir haben bereits 18 aktive und 37 pensionierte

Offiziere. Was unsere staatsliche Politik betrifft, so

lehnt sie mir nicht übermäßig von den Erfahrungen,

die im vorigen Jahre durch die Bundesversammlung

sind. Die Interventionenpolitik unserer wirtschaftlichen

Interessen entspricht, scheint doch zweifelhaft, und es wäre gut,

„die Deutschland darüber vorgelegt zu erhalten. Der Warentarif

ist auch eine sehr erhebliche Steigerung erfahren, namentlich im

würde ihr Zustandekommen beschleunigen. Gegenwärtig werden

Urteile gefällt, die gerade das Gegenteil von dem ergeben, was

die Steuererträge sind. Die Steuererträge sind in den letzten

Staatsjahren in erheblicher Weise zurückgegangen, und die

Erträge sind in erheblicher Weise zurückgegangen, und die

Erträge sind in erheblicher Weise zurückgegangen, und die

Erträge sind in erheblicher Weise zurückgegangen, und die

Erträge sind in erheblicher Weise zurückgegangen, und die

Erträge sind in erheblicher Weise zurückgegangen, und die

Erträge sind in erheblicher Weise zurückgegangen, und die

Gründung des Deutschen Reichs verstanden (Beifall) — da

die Partei die nationale Bewegung mit John und Spott be-

trachten, das Grundgesetz, wie sie in dem neuen Reich

Stimmte, aber die Partei die nationale Bewegung mit John und

Stimmte, aber die Partei die nationale Bewegung mit John und

Stimmte, aber die Partei die nationale Bewegung mit John und

Stimmte, aber die Partei die nationale Bewegung mit John und

Stimmte, aber die Partei die nationale Bewegung mit John und

Stimmte, aber die Partei die nationale Bewegung mit John und

Stimmte, aber die Partei die nationale Bewegung mit John und

Halle und Umgegend.

Halle, 11. Dez.

Photographische Gesellschaft.

Am Beginn der gestrigen Sitzung erfolgte die Aufnahme von

